

DURCHBLICK



Nr. 182 - März 2015

Nachrichten der Landesseniorenvertretung Bremen für die Seniorinnen und Senioren in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Petition für wohnortnahe stationäre Hospize erfolgreich!

Nach bitteren Erfahrungen mit seiner schwerstkranken Mutter, für die er in ihren letzten Lebenstagen keine Hospizversorgung finden konnte, kämpft Mark Castens aus Övelgönne an der Unterweser seit Jahren um eine Verbesserung des Hospizwesens. Im Wesentlichen geht es ihm um die Aufstockung der Versorgungsangebote und ihrer finanziellen Mittel. Der "Durchblick" berichtete darüber (Ausgabe Nr. 175, August 2014, S.6). Seit 2011 hat er vier Petitionen auf den Weg gebracht, zwei in den Bundestag, zwei in die Bremische Bürgerschaft. Eine davon wurde abgelehnt, drei wurden akzeptiert und dienen als Orientierungsmarken bei der Arbeit zu diesem Thema in den Fraktionen.

Die letzte Petition stellte er im Dezember 2013. Mit ihr fordert Mark Castens, der auf dem Land lebt und von daher die Versorgungslücken im Hospizangebot des ländlichen Raums kennt, eine wohnortnahe Hospizversorgung.



Mark Castens

Wortlaut der Petition: "Der deutsche Bundestag möge beschließen. dass der GKV-Spitzenverband mit den für die Wahrnehmung der Interessen der stationären Hospize maßgeblichen Spitzenorganisationen innerhalb eines Jahres ein Konzept zur Beschlussempfehlung zu erarbeiten und dem Ausschuss für Gesundheit im Deutschen Bundestag vorzulegen hat und dabei nachweisen muss, dass ein wirtschaftlicher Betrieb eines stationären Hospizes in allen Flächenlandkreisen ermöglicht wird und somit wohnortnah geschaffen werden kann."

In seiner Begründung erinnert Mark Castens ausführlich an Lücken in der Finanzierung von Hospizen, an fragwürdige Örientierungswerte für die Vorhaltung von Hospizbetten sowie auf die Vernachlässigung des ländlichen Raums, in dem für die meisten Betroffenen und Angehörigen eine zumutbare Erreichbarkeit stationärer Hospize nicht gewährleistet ist. Es geht dabei auch um Kinderhospize. "Es muss erlaubt sein, die Frage stellen zu dürfen, was der Hospizgedanke mit geführten 'Wartelisten' zu tun hat, da nur das belegte Bett zu 90% bei Hospizen für Erwachsene und 95% bei Kinderhospizen finanziert wird. Und wie will man die Auslastung in Flächenlandkreisen mit geringer Bevölkerungsdichte gewähren können, wo niemand den tatsächlichen Bedarf feststellen kann? Wo bleiben die gesellschaftlichen Bedürfnisse?", so Mark Castens.

Gut Ding hat Weile, besonders in Berlin. Aber am 04. Februar 2015 beschloss nun der Petitionsausschuss einstimmig, sich hinter die Forderung von Mark Castens nach einer wohnortnahen stationären Hospizversorgung zu stellen und die "dahingehende Petition dem Bundesministerium für Gesundheit als Material zu überweisen und den Fraktionen zur Kenntnis zu geben." Der Petitionsausschuss hat festgestellt, dass Mark Castens mit dieser Petition ein wichtiges Anliegen verfolgt, nämlich eine dem wirklichen Bedarf angemessene palliative und hospizliche Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen. Gleichzeitig weisen die Abgeordneten daraufhin, dass es derzeit keine gesetzliche Grundlage dafür gebe, eine flächendeckende stationäre hospizliche Versorgung einzufordern. Die Hospizversorgung und insbesondere die Gründung von Hospizen basiere bisher auf ehrenamtlichem Engagement und umfasse verschiedene Aspekte der Sterbebegleitung. (Quelle: www. Deutscher Bundestag, Pressemitteilungen/Aktuelle Meldungen/Wohnortnahe Hospizversorgung, 04.02.15)

Damit besteht jetzt für die Bundesregierung ein klarer Arbeitsauftrag, der auch den Vorstellungen der Landesseniorenvertretung Bremens entspricht. Sie gratuliert Herrn Castens für seinen erneuten Erfolg und bedankt sich bei ihm für seinen unermüdlichen Einsatz in einer Angelegenheit, die Menschen aller Altersgruppen betrifft, insbesondere aber wohl die ältere Generation. Mit diesem Beschluss verbindet sich die Hoffnung, dass endlich gesetzliche Grundlagen und Konzepte für eine flächendeckende Palliativ- und Hospizversorgung geschaffen werden. Mit ehrenamtlichem Engagement allein wird man die Auswirkungen des demografischen Wandels nicht meistern können. Die Seniorenvertretungen in Bremen und Bremerhaven unterstützen Herrn Castens auch bei seinen Bemühungen, die schon längere Diskussion um die Einrichtung eines stationären Hospizes in Bremerhaven für Stadt und Umland endlich zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. GF

Veranstaltungen



Am 15. März 2015 findet im Bremer Rathaus von 11:00 bis 17:00 Uhr die 6. Bremer Freiwilligenbörse Aktivoli statt. Dort haben interessierte Bürger und Bürgerinnen die einmalige Gelegenheit, sich über die Möglichkeiten eines ehrenamtlichen Engagements in Bremen zu informieren. 170.000 Bremerinnen und Bremer quer durch alle Altersgrenzen sind bereits freiwillig ehrenamtlich tätig. Trotzdem gibt es noch Nachfrage und viele freie Stellen.

Seit 2009 erfreut sich die Aktivoli mit einer durchschnittlichen Besucherzahl von 2000 einer großen Resonanz. 70 gemeinnützige Organisationen stellen sich vor. Veranstaltet wird die Aktivoli von der Bremer Freiwilligenagentur. Viele der Aussteller sind in der sozialen Arbeit tätig. Deshalb finden sich auch Angebote, die sich vor allem an ältere Menschen richten. So sind z.B. Senior Experten Service. Bremer Senior Service. Bremer Heimstiftung, Forum Ältere Menschen und Aufsuchende Altenarbeit Bremen vertreten. Auch die Seniorenvertretung nimmt mit ihrem Stand teil. Außerdem werden zahlreiche Engagements angeboten, die nicht dem üblichen Bild des Ehrenamtes entsprechen. Auf der Aktivoli wird ein sehr breites Spektrum des frewilligen Engagements vorgestellt.

Ehrenamtliche Tätigkeit bereichert das Leben, bereitet ganz offensichtlich viel Freude und ist ein wichtiger Beitrag für das gesellschaftliche Miteinander. Die Aktivoli freut sich auf Sie!

9. Bremer Kongress für Palliativmedizin 20. und 21. März 2015 in der Bremer Glocke

Diese Tagung richtet sich in erster Linie an Fachleute der Palliativversorgung. Für die Öffentlichkeit wird eine Veranstaltung mit einem Referat zum Thema "Das ist doch kein Leben mehr" und mit einer Podiumsdiskussion über "Sterbehilfe" angeboten. Im "Durchblick" Nr. 181 wurde bereits ausführlicher darauf eingegangen.

öffentliche Diese und kostenlose Veranstaltung findet am Samstag, den 21. März 2015, von 13:30 - 15:30 Uhr im Großen Saal der Bremer Glocke statt. Sie dürfte viele Seniorinnen/Senioren interessieren. Eine Anmeldung ist nicht notwendia.

Weitere Informationen finden sich unter:

http://www.palliativkongress-bremen.de/Programm Planung und Organisation vor Ort

Slavica Dragutinovic, Tel. (0421) 879-1786 Sekretariat Dr. med. Hans Joachim Willenbrink E-Mail: slavica.dragutinovic@klinikum-bremen-ldw.de

Wegweiser künstlicher Gelenkersatz

Seniorinnen und Senioren leiden häufig unter Gelenkschmerzen, sei es am Knie, an der Hüfte, an der Wirbelsäule, an den Armen oder den Händen. Da ist oft guter Rat teuer. Am Mittwoch, den 11. März 2015, von 14:00-16:00 Uhr, bietet das Rotes Kreuz Krankenhaus im Endoprothetikeine Informationsveranstaltung zum zentrum Thema künstliche Gelenke an. Es geht um Knieund Hüftgelenkersatz. Informiert wird über den Ablauf der Behandlung: Von der Vorbereitung auf die OP, die Wahl der Prothese, über den Krankenhausaufenthalt bis zur Reha. Chefärzte, das Pflegepersonal, Schmerz-, Physiotherapeuten, der Sozialdienst und Casemanagement stellen sich vor und beantworten Fragen. Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 0421 5599-1229. Der Eintritt ist frei.

Weitere Infos unter:

Krankenhaus Rotes Kreuz Bremen **GmbH** St.-Pauli-Deich 24, 28 199 Bremen, Tel. 0421/5599-355, Fax. 0421/5599-354 Mail: presse@roteskreuzkrankenhaus.de

Web: www.roteskreuzkrankenhaus.de

Ans Licht!

Arbeiten aus dem Magazin der Sammlung Städtische Galerie Bremen im Café K

Das Cafe K im Rotes Kreuz Krankenhaus (RKK) ist schon seit längerer Zeit ein beliebter Treffpunkt in der Bremer Neustadt. Hier finden auch wechselnde Ausstellungen der Bremer Kunstszene statt. Außerdem bereichern Künstlergespräche, Soirees und musikalische Matinees den Alltag von Patienten, Mitarbeitern und Besuchern.

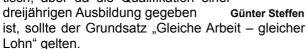
Im Rahmen der Sozialen Künstlerförderung erwarb die 1985 gegründete Galerie im Buntentor zahlreiche Arbeiten von Künstlerinnen und Künstlern aus Bremen und Umgebung. Heute ist die Städtische Galerie Bremen im Besitz der größten Sammlung von Kunst aus der Region seit 1950. Kuratiert vom Bremer Künstler Tom Gefken, ist im Cafe K vom 15. März bis 6. September 2015 eine Werkauswahl unter dem Titel "Ans Licht!" zu sehen. Geöffnet ist die Ausstellung werktags von 7:00 – 19:30 Uhr, am Wochenende und an Feiertagen von 07:15 - 09:30 Uhr und von 14:30 bis 18:30 Uhr. Eröffnet wird die Ausstellung am 15. März 2015 um 11:30 im Cafe K. Anmeldung zur kostenlosen Vernissage möglich bis zum 6. März 2015 per E-Mail an; gerken.i@roteskreuzkrankenhaus.de. oder Tel.:

0421 56 51 7-28. (Quelle: PM des RKK v. 05.02.15)

Zur Diskussion gestellt

Die Anhebung der Gehälter für Pflegekräfte

Die Fachanforderungen in der Pflege sind zwar nicht überall identisch, aber da die Qualifikation einer



Eine große Anzahl der Krankenschwestern/Krankenpfleger und Altenpfleger/-innen in Deutschland sind in den Krankenhäusern, in Pflegeheimen und in den Ambulanten Pflegebetrieben beschäftigt. Die Bezahlungen sind sehr unterschiedlich. In Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes, der Kirchenträger und der Wohlfahrtsverbände bestehen annähernd identische Tarifverträge. Eine examinierte Pflegekraft. 30 Jahre. ledig, mit einer dreijährigen Ausbildung bezieht gegenwärtig ein Jahresbruttogehalt von ca. 37.000 € ohne gezahlte Zuschläge für Sonn- und Feiertage und Nachtarbeit. Eine gleichaltrige Krankenpflegehelferin bezieht ca. 29.000 Euro.

In den Privaten Pflegeeinrichtungen bestehen zwar auch hier und dort Tarifregelungen, die aber in der Regel überhaupt nicht mit den Größenordnungen des Öffentlichen Dienstes und der Kirchen vergleichbar sind. Meistens werden Hausverträge abgeschlossen. Recherchen haben ergeben, dass die Gehälter der Pflegemitarbeiter teilweise um bis zu 25% niedriger als die im Öffentlichen Dienst sind. Besonders hervorzuheben sind die vergleichsweise geringen Gehälter in den Privaten Ambulanten Pflegebetrieben.

Eine neue Studie stellt fest, dass nur jede zweite Pflegefachkraft in unserem Land eine Vollzeitstelle hat. Die Teilzeitquote liegt bei Helferberufen annähernd sogar bei 70%. Ob die Teilzeitstellen von den Einrichtungsträgern nur aus der Not heraus gebildet wurden, ist nicht beweisbar. Viel spricht dafür, dass die überwiegend beschäftigten Frauen in diesem Beruf aus privat/familiären Gründen nicht voll arbeiten wollen.

Nach Einschätzung der Sozialverbände wird sich der Personalmangel in der Altenpflege künftig erheblich verschärfen. Mangelhafte Ausbildung und schlechte Arbeitsbedingungen seien Ursachen für den Pflegekräftenotstand in Deutschland. Dabei sind die Ausbildungsvergütungen für Anwärterinnen und Anwärter als Krankenschwester/Krankenpfleger bzw. Altenpflegerin/Altenpfleger nicht so schlecht. Die Auszubildenden in der Altenpflege erhalten im 1. Jahr 11.400 €, im 2. Jahr 12.000 € und im 3. Jahr 13.200 € als Vergütung.

Ich habe oben auf den Grundsatz "Gleiche Arbeit – gleicher Lohn" hingewiesen. Die

Erhöhungen der Gehälter für Pflegekräfte in den privat geführten Pflegeheimen und auch die der Mitarbeiter in den ambulanten Privatbetrieben sind berechtigte Forderungen, um qualifizierte Pflege und Betreuung der Hilfebedürftigen sicherzustellen. Durch diese verständlichen Maßnahmen werden die finanziellen Belastungen für die Pflegebedürftigen, ggf. für die Sozialbehörden, in den stationären Heimen um ca. 10% teurer. (Falls die nach SGB XI z.Zt. gültigen Pflegegelder nicht erhöht würden). Heute besteht bereits eine Eigenfinanzierung in diesem Bereich mit mindestens monatlich von 2.200 Euro. (Pflegestufe 2)

Nimmt der Pflegebedürftige heute in der eigenen Häuslichkeit mit der Pflegestufe 2 vollständig den privaten ambulanten Pflegebetrieb in Anspruch, so fallen Eigenbeteiligungsbeträge von mindestens monatlich 1.000 € an. Bei Angleichungen dieser Pflegefachkräfte an die Tarife des Öffentlichen Dienstes, der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände würden die Leistungsrechnungen der Betriebe ganz sicher um bis zu 30% erhöht werden. (Falls nach SGB XI die zustehende Pflegesachleistung nicht erhöht wird).

Es ist nicht vorstellbar, dass die Politik so schnell die berechtigten Gehaltserhöhungen mit Erhöhungen der Pflegezuschüsse ausgleicht, zumal die Beiträge ab 2015 und 2016 erhöht sind bzw. werden.

Es ist mir schleierhaft, wieso die Pflege-Anbieter zu einem großen Teil eine Gewinnmarge in den Tarifen kalkulieren dürfen. Die jährlich mit den Krankenkassen ausgehandelten Einzelbeträge für Sachleistungen enthalten derartige mögliche Gewinne für den Betrieb. Am Beispiel der Freigemeinnützigen Trägerschaften müssen erwirtschaftete Gewinne in den Betrieb wieder zurückgeführt werden. So müssten sinnvolle Strukturänderungen durch Investitionen nicht zu Lasten der Leistungsempfänger gehen.

Ich bin im Wirtschaftsleben unseres Landes ein Befürworter der Privatisierungen. Es ist allerdings die Frage, ob Rentner und Menschen, die beruflich nicht mehr tätig sein können und als Pflegebedürftige eingestuft sind, die große Lücke einer Nichtfinanzierung in Kauf nehmen müssen und deshalb ihre erwachsenen Kinder finanziell zur Kasse gebeten werden. Die Situation wird nicht dadurch anders, dass im Zweifel das Sozialamt aufkommen muss.

Wichtiger wären Kriminal- und Drogenprävention!

Am 01. Februar 2015 erschien im "Kurier am Sonntag" (S.8) ein Beitrag zur Debatte um die G (Fortsetzung auf Seite 4)



Gerd Feller

(Fortsetzung von Seite 3)

Forderung, für Laye Condé ein Mahnmal zu errichten. Wir erinnern uns sicher alle seines schrecklichen Todes vor 10 Jahren im Polizeigewahrsam. Aber wenn man hört, dass eine Initiative den Bau eines Gedenkortes vorschlägt, dann kommt doch Verwunderung auf.

Der Presse war damals zu entnehmen, dass Condé als Drogendealer bekannt war. Das damalige Brechmittelverfahren, um an Beweisstücke zu kommen, war zulässig, wurde dann aufgrund des bedauerlichen Falls "Condé" abgesetzt und gilt heute laut Urteil des Europäischen Gerichtshofes als Folter. Allerdings wurde, wie die Presse feststellt, die Schuld an seinem Tode nie eindeutig geklärt.

Wenn nun Leute der Meinung sind, man sollte einem Drogendealer, der die Risiken seines Tuns kannte, ein Mahnmal setzen, weil er "in der Obhut des Staates zu Tode gebracht wurde" und weil dieser Vorgang in Erinnerung bleiben sollte, damit er sich nicht wiederholt, dann müssten sie fairerweise auch fordern, dass gleich daneben ein Mahnmal für die Drogenopfer gebaut wird. Sie sterben ebenfalls "in der Obhut des Staates". meistens unter ähnlich schlimmen Umständen. und zwar in einer Größenordnung, bei der man nicht mehr von einem bedauerlichen Einzelfall sprechen kann. Condé starb, weil wahrscheinlich "medizinische" Fehler gemacht wurden, die Drogenopfer sterben, weil sie den kriminellen Machenschaften und der Geldgier der Drogendealer ausgesetzt sind, mit denen der Staat nicht fertig wird.

Wenn ein Mahnmal zur Erinnerung an den traurigen Vorgang "Condé" notwendig erscheint, dann brauchen wir erst recht ein Mahnmal für die vielen Opfer des Drogenhandels, die von Staat und Wohlstandsgesellschaft aufgrund zu geringer Investitionen nicht aureichend geschützt und allein gelassen wurden. Bei der knappen Haushaltslage Bremens sollte man allerdings überlegen, ob man nicht die Gelder für solche Mahnmale zusammen mit den Geldern für die neuen Designersitze unserer Abgeordneten und mit den vielen unnützen Ausgaben, die der Rechnungshof im Visier hat, in existenziell wichtigere Projekte steckt, z.B. in die Drogenprävention. Das könnte Kriminal- und weitere Todesopfer sowohl bei Dealern als auch bei Drogenkonsumenten verhindern und Mahnmale, die bisher sowieso wenig bewirkt haben, überflüssig machen. Wir, besonders die Älteren, wissen doch, wie wenig die Menschen aus der Geschichte lernen. Da sollten die Bremer gründlich abwägen, in welchem Falle sie ein Denk- oder Mahnmal errichten. Gerd Feller



Aus der Senioren-Vertretung der Stadtgemeinde Bremen

"Schuldenfrei im Alter"

Unter diesem Titel ist eine neue Broschüre der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenvertretungen BAGSO in Zusammenarbeit mit der Diakonie Deutschland und mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erschienen. Hintergrund dafür ist, dass viele Menschen "unverschuldet" in finanzielle Not geraten, weil sich ihr Einkommen unerwartet verringert oder plötzliche Kosten auf sie zukommen, womit sie nicht gerechnet haben, oft auch nicht rechnen konnten. Die BAGSO stellt fest: "Gerade älteren Menschen fällt es dann häufig schwer, über ihre Geldsorgen zu sprechen und sich möglichst frühzeitig auch professionelle Hilfe, z.B. in einer Schuldnerberatung, zu holen."

Die Broschüre soll helfen. Sie enthält auf 92 Seiten zahlreiche Hinweise, wie man sich auf mögliche finanzielle Veränderungen, z.B. beim Eintritt ins Rentenalter, vorbereiten kann. Außerdem gibt sie Informationen zur Besteuerung der Rente, zu möglichem Zuverdienst sowie zu staatlichen Hilfen, wenn die Rente nicht reicht. Erarbeitet wurde der Ratgeber von erfahrenen Schuldnerberaterinnen im Diakonischen Werk Köln und in der Region.

Er kann kostenfrei bestellt werden bei: **BAGSO e.V.** Bonngasse 10, 53111 Bonn,

Fax: 0228 / 24 99 93 20, E-Mail: wittig@bagso.de Pressekontakt: Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-

Organisationen e.V. (BAGSO)

Ursula Lenz, Pressereferat, Bonngasse 10, 53111 Bonn Tel.: 02

28 / 24 99 93 18, Fax: 02 28 / 24

(Quelle: PM 1/2015 der BAGSO v. 05.02.15)

Faktencheck Armut unter Menschen mit Migrationshintergrund

2.Teil: Situation in Bremen

Die Erhebung von Daten zur Armutssituation der Menschen mit Migrationshintergrund ist in Deutschland schwierig, weil die Staatsangehörigkeit oder Herkunft bei der Gliederung statistischer Tabellen eine untergeordnete Rolle spielt. Solche speziellen Zuordnungen findet man nur dann, wenn sie von besonderem Interesse sind.

Der Entwurf des zweiten Armuts- und Reichtumsberichts (AuRB) ist unter dem Titel (Fortsetzung auf Seite 5) (Fortsetzung von Seite 4)

"Lebenslagen im Land Bremen" im Oktober 2014 erschienen und liegt seit Januar 2015 dem Senat vor. Er liefert auf über 270 Seiten umfangreiches Material über die Entwicklung von Armut und Reichtum in unserem Bundesland und verweist auf vielfältige Ursachen, auf Auswirkungen sowie auf mögliche Maßnahmen zur Linderung oder Vermeidung prekärer Lebenslagen. Dabei vermittelt er auch mehr Informationen als bisher zur Armut unter Menschen mit Migrationshintergrund. Im "Durchblick" können nur einige Fakten aufgezeigt werden.

Bevölkerung der Stadt Bremen mit und ohne Migrationshintergrund

Bevölkerung Stadt Bremen	2007	2012
insgesamt	547.769	545.451
mit Migrationshintergrund		
0 - < 18 Jahre	38.238	37.464
18 - < 65 Jahre	98.886	103.952
65 und älter	10.411	13.209
ohne Migrationshintergrund		
0 - < 18 Jahre	46.016	42.922
18 - < 65 Jahre	249.754	245.940
> 65 Jahre	104.464	101.964

(Quelle: Lebenslagen im Land Bremen, 2014, S. 77)

Wie der AuRB 2014 ausweist, ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von 26,7% (2007) auf 29,5% (2012) gewachsen. Der Anteil der Seniorinnen/Senioren (60plus) mit Migrationshintergrund an der stadtbremischen Altenbevölkerung beträgt 11,5% (2012). 2030 wird ihr Anteil auf ca. 20% anwachsen. Über die Hälfte der Kinder unter 6 Jahren (53,8%) hat 2012 einen Migrationshintergrund (vgl. AuRB, 2014, S.192, 267).

Bei den Überlegungen zur Vermeidung von Altersarmut wird stets auf die Bedeutung der Bildung hingewiesen. Da dürften die Anteile an schulischer und beruflicher Bildung interessant sein.

Anteil der Bevölkerung (16 - < 65) im Land Bremen mit bzw. ohne Migrationshintergrund nach schulischer Ausbildung

in %			
Bevölkerung 16 - < 65 Jahre	noch in schulischer Ausbildung	mit allgemei- nem Schulab- schluss	ohne allgemei- nen Schulab- schluss
ohne Migra- tionshintergrund	4	94	3
mit Migra- tionshintergrund	8	76	16

Anteil der Bevölkerung im Land Bremen mit bzw. ohne Migrationshintergrund nach beruflicher Ausbildung in %

Bevölkerung 16 - < 65 Jahre	noch in beruflicher Ausbildung	mit beruflichem Abschluss	ohne beruflichen Abschluss
ohne Migra- tionshintergrund	9	73	18
mit Migra- tionshintergrund	12	43	45

(Quelle: Lebenslagen im Land Bremen, Oktober 2014, S.90)

Der Anteil derjenigen Migranten der Altersgruppe 16 bis < 65 Jahren, die keinen schulischen oder beruflichen Abschluss haben, ist im Vergleich mit der Gruppe ohne Migrationshintergrund sehr viel höher. Darin sieht der Bericht auch einen Grund dafür, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Man sollte allerdings nicht übersehen, dass schon drei Viertel (76%) der Migranten einen Schulabschluss erworben haben. Damit hat ein großer Teil der Migranten "eine grundsätzliche Hürde zur erfolgreichen Integration in den Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt überwunden". (Lebenslagen im Land Bremen, Oktober 2014, S.90).

Anteil der Arbeitslosen in Deutschland mit Migrationshintergrund nach beruflicher Qualifikation in %

Arbeitslose	ohne Migrations- hintergrund	mit Migrations- hintergrund
keine Angaben	1,9	1,5
Akademische Ausbildung	8,3	5,8
Betriebl./schulische Ausbildung	39,5	17,5
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	50,3	75,2
insgesamt	100	100

Arbeitslose	Akademische Ausbildung	Betriebl./ schulische Ausbildung	ohne abgeschlossene Ausbildung
ohne Migrations- hintergrund	62,9	72,5	43,9
mit Migrations- hintergrund	37,1	27,5	56,1
insgesamt	100	100	100

(Quelle: Lebenslagen im Land Bremen 2014, S.92)

Die Daten für die Entwicklung der durchschnittlichen Zahlbeträge der Altersrenten berücksichtigen Bremer Rentner/-innen mit und ohne Migrationshintergrund.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Durchschnittl. Zahlbeträge der Altersrenten im Land Bremen in Euro

Jahr	Männer	Frauen
2000	960	463
2013	927	561

Durchschnittl. Zahlbeträge der Renten wegen Erwerbsminderung im Land Bremen in Euro

Jahr	Männer	Frauen
2000	771	590
2013	564	521

(Quelle: DRV-Schriften, Bd.22, Rentenversicherung in Zeitreihen, Okt. 2014)

Die durchschnittlichen Rentenbeträge sind im aufgeführten Zeitraum gesunken und haben auch durch die Kostenentwicklung seit 2000 an Kaufkraft verloren. Im Vergleich mit dem Bundesgebiet fallen die Zahlbeträge der Renten für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Bremen niedriger aus.(vgl. Teil 1, "Durchblick" Nr.181, S.5). In Bremen beziehen 153.378 Personen eine Rente. Die durchschnittlichen Renten betragen für Männer 1.031 €, für Frauen 759 €.

Weitere Zahlen und Informationen, insbesondere zu den Themen "Leistungs- und Grundsicherungsempfänger", "Armutsvergleich nach Stadtteilen", "Wohlstandsstufen", erscheinen in der April-Ausgabe des "Durchblick".

Zeynep Sümer/Gerd Feller

Aus den Arbeitskreisen

Schwierigkeiten für mobilitätseingeschränkte Personen im Innenstadtbereich

Am 20. April 2014 trafen sich Mitglieder des AK "Öffentlichkeitsarbeit", um sich unter Leitung einer Stadführerin in der Innenstadt umzusehen, wobei nach besonders auffälligen Mängeln hinsichtlich der Mobilität älterer und behinderter Menschen Ausschau gehalten wurde. Nicht nur die Bremer Bürger/-innen profitieren von Barrierefreiheit, sondern auch die vielen älteren und gehbehinderten Touristen, die unsere Stadt besuchen, sollen sie als weitgehend barrierefrei in guter Erinnerung behalten.

Anfang dieses Jahres forderte der AK "Öffentlichkeitsarbeit" den Vorstand der Bremer Seniorenvertretung auf, die bei der Stadtführung festgestellten Mängel an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

 Im gesamten Bereich der Domsheide und Umgebung existieren gravierende Straßenschäden und völlig "ausgeleierte" Straßenbahngleise, die ein erhebliches Unfallrisiko darstellen.

- Tische und Stühle der Gastronomie, direkt vor dem Geschichtenhaus im Schnoor engen besonders im Sommer die Besucherströme unerträglich ein.
- Im Innenstadtbereich gibt es keine Bänke zum Ausruhen, ohne dass gleichzeitig der Zwang zur Verzehrung von Getränken etc. besteht.
- Zahlreiche an Pfählen angekettete Fahrräder blockieren den ungehinderten Zugang zu den Touristenattraktionen und teils auch den Fußgängerverkehr. Dafür sollte ein Verbotsaufkleber gestaltet werden.

Die Senioren-Vertretung hat das Thema Barrierefreiheit schon in der Vergangenheit mehrfach im "Durchblick" aufgegriffen. Es gab sogar Erfolge. An einigen Stellen der Wallanlagen wurden seniorenund behindertenfreundliche Bänke aufgestellt (vgl. "Durchblick" Nr.171, S.6). Jetzt hat sich die SV mit einem Schreiben an den Ortsbeirat Mitte und durchschriftlich an das Amt für Bau und Verkehr gewandt in der Hoffnung, dass bald die oben aufgeführten Mängel beseitigt werden können.

Die nächste AK-Sitzung findet am 17.März 2015 statt. Als Gast und Referent nimmt Herr Alexander Künzel (Bremer Heimstiftung) teil. Es geht um das Thema "Regionaler Modellversuch: Bundesfreiwilligendienst als Rechtsanspruch für Senioren".

Altersarmut

Mit diesem Thema wird sich in Zukunft der AK "Seniorenpolitik" wieder intensiv befassen müssen. Schon im "Durchblick" Nr. 149, Juni 2012, S.2-4, ist auf der Grundlage der Arbeit des ein längerer Bericht über "Altersarmut -Fakten. Hintergründe. Forderungen" erschienen. aber sehr viel hat sich in der Politik noch nicht bewegt. Am 05.02.15 informierte Rolf Prigge, Sozialwissenschaftler am Institut für Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen, den Vorstand Arbeitskreissprecher über Erkenntnisse zur Armutsentwicklung und erläuterte zentrale Indikatoren zur "Einkommensarmut im Alter". Außerdem liegt nun der 2. Bremer Armutsund Reichtumsbericht von 2014 mit aktuellem Zahlenmaterial vor. Es besteht für den AK genug Anlass, über die Entwicklung der Armutsgefährdung in unserem Bundesland und auch über Maßnahmen nachzudenken, mit denen gleiche Teilhabechancen und gute Lebensbedingungen (Fortsetzung auf Seite 7)

(Fortsetzung von Seite 6)

für alle Bürger/-innen in einer sozialen Gesellschaft geschaffen werden könnten.

Aufsuchende Altenarbeit

Neulich bekam ich ein Faltblatt in die Hände, das meine Neugier weckte. Was meint die "Aufsuchende Altenarbeit – Hausbesuche Obervieland" mit den Worten:

"Begegnen - Besuchen - Begleiten - Beraten"?

Es traf sich gut, in der Thomas-Gemeinde waren die Damen von der "Aufsuchenden Altenarbeit – Hausbesuche" in Obervieland angekündigt, sich und ihre Arbeit vorzustellen. Mit den vorgenannten vier Verben wird ein Projekt beschrieben, das durch die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen gefördert wird, und zwar in Gröpelingen, Hemelingen und Obervieland. Die Ansprechpartnerinnen für Obervieland sind und Heidi Petersen Yvonne Finke. Gemeindesaal hörten ihnen 22 Damen interessiert zu, wie man Zeit in Freude verwandeln kann.

Immer mehr Menschen vereinsamen. Wohnen in einer Großstadt bedeutet nicht, man hat stets Geselligkeit; nein, selbst in einem Hochhaus mit vielen Parteien kann man sehr allein sein. Um dem Alleinsein entgegenzuwirken, werden Ehrenamtliche gesucht, die sich engagieren, indem sie ältere Menschen in ihrem Alltag unterstützen.

Die "Aufsuchende Altenarbeit" sucht Bürger, die sich engagieren möchten, die z.B.

- ältere Menschen begleiten, sei es zu Behörden, Ärzten oder auch zum Mittagstisch im Stadtteil
- ältere Menschen besuchen, um vielleicht bei einer Tasse Kaffee oder Tee einfach über alltägliche Dinge zu reden;
- ältere Menschen beraten und informieren zu allen Fragen rund um das Alter;
- oder auch einfach älteren Menschen begegnen möchten, im ausgesuchten Café oder bei Kino-Nachmittagen.

Wohlgemerkt: "Aufsuchende Altenarbeit" bedeutet nicht, *für* jemand tätig zu werden, einzukaufen oder Besorgungen zu erledigen, nein, es bedeutet vielmehr *mit* jemand etwas zu unternehmen.

Wer darüber nachdenkt, ob er Zeit verschenken kann, nimmt Kontakt mit den Ansprechpartnerinnen der "Aufsuchenden Altenarbeit – Hausbesuche" auf und lässt die Damen wissen, wie viel Stunden in der Woche er anbieten kann und welche der vielfältigen Möglichkeiten des Einsatzes ihm gefallen. Nach entsprechender Vorbereitung wird ein passender Kontakt hergestellt. Ist man sich dann noch sympathisch

steht einem probeweisen Einsatz nichts mehr im Wege. Tue Gutes und Dir wird Gutes widerfahren. Die Arbeit vieler Ehrenamtlicher wird unterstützt von der BREBAU, der Bremischen Evangelischen Kirche, den Gemeinden PAULUS, ST.MARKUS, den STADTTEILHÄUSERN KATTENTURM und KATTENESCH und der Evangelischen Thomas-Gemeinde in Bremen.

Für die Seniorenvertretung stellt sich die Frage, warum kommen erst drei Stadtteile in den Genuss der "Aufsuchenden Altenarbeit – Hausbesuche"? E. Scharff, AK "Gesundheit"

Seniorenforum

Fragen zu Pegida

Können 25.000 Menschen in Dresden wirklich "islamfeindlich" genannt werden? Ich meine: NEIN.

Für mich ist die Bezeichnung "islamkritisch" eher angebracht, gibt es doch auf viele Fragen keine so eindeutigen Antworten, z.B.: Erlaubt der Islam Kritik am Islam? Darf man über den Islam lachen? Erlaubt er wirklich Satire? Ist der Islam tolerant gegenüber abweichenden Meinungen?

Für alle Menschen in der Bundesrepublik Deutschland aber gelten die Prinzipien des Grundgesetzes, die Menschenwürde ist unantastbar (Grundrechte Art.1), vor dem Gesetz sind alle gleich und niemand darf wegen irgendwelcher unterschiedlichen Merkmale benachteiligt oder bevorzugt werden (Grundrechte, Art.3) und jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. (Grundrechte Art.5).

Das Seniorenforum ist eine Rubrik, die allen interessierten Mitgliedern der Seniorengeneration die Möglichkeit bietet, ihre Meinungen und Gedanken vorzutragen. Die Beiträge werden von der Redaktion aus den Zuschriften ausgewählt, können gekürzt werden und geben die persönliche Auffassung ihrer Verfasser wieder. Voraussetzung für die Veröffentlichung ist, dass der Name des Autors genannt wird und dessen postalische Adresse vorliegt. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht

Publikationen

"Gute Pflege braucht starke Kräfte" Forderungen des SoVD für eine Stärkung der Altenpflegekräfte

Zu diesem Thema veröffentlicht Anfang März 2015 der Sozialverband Deutschland (SoVD) seine Position. In einer kleinen Broschüre wird auf 16 Seiten die aktuelle Situation der Pfle-(Fortsetzung auf Seite 8) (Fortsetzung von Seite 7)

gekräfte, insbesondere im Bereich der Altenpflege, analysiert. Außerdem werden geeignete Maßnahmen zur Stärkung der beruflich Pflegenden vorgestellt.

In der Altenpflege herrscht erheblicher Personalmangel. Er wird sich in Zukunft weiter verschärfen, man rechnet mit 152.000 fehlenden Fachkräften. Als Hauptursachen gelten mangelhafte Ausbildungs- und Umschulungsbemühungen, unattraktive Arbeitsbedingungen und der demografische Wandel. In der Zusammenfassung der Broschüre heißt es: "Die Sicherstellung von würdevoller Pflege für die immer größere Zahl pflegebedürftiger Menschen bei zugleich abnehmendem Familienpflegepotenzial stellt eine der zentralen Herausforderungen für unsere Gesellschaft dar" (SoVD, "Gute Pflege braucht starke Kräfte", Januar 2015, S.15).

Der SoVD schlägt vor, vielfältige Maßnahmen zur Lösung der Probleme zu ergreifen. Im Wesentlichen geht es dabei um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um eine angemessene Bezahlung der beruflich Pflegenden und um ein professionelles und wertschätzendes Personalmanagement in den Pflegeeinrichtungen. Dazu werden in der Broschüre viele Details aufgezeigt, u.a. sollte auch die Gruppe der Migrantinnen und Migranten sowie die "stille Reserve" derjenigen, die aus dem Beruf ausgestiegen sind, gezielter angesprochen werden. Grundsätzlich müssen ebenfalls die Rahmenbedingungen der Altenpflege in Deutschland verbessert werden.

(Quelle: PM SoVD v. 27.01.2015)

Die Broschüre ist ab März kostenlos erhältlich beim SoVD Kreisverband Bremen, Ellhornstr.35-37, 28195 Bremen, Tel.: 0421-274990, E-Mail: kreis-bremen@sovd-hb.de



Aus dem Seniorenbeirat der Seestadt Bremerhaven

Aus dem Seniorenbeirat Bremerhaven

Am 15. Januar 2015 fand die erste Sitzung des Seniorenbeirates der Seestadt Bremerhaven im Treffpunkt "Grüne Höfe" statt. Dabei wurden u.a. Vorschläge für den **Veranstaltungskalender 2015** eingebracht:

a) Für Mai 2015: Günther Sommer, "Ernährung im Alter" - wegen des TTIP (Gen-Lebensmittel) ist dieses Thema brandheiß. Im Wesentlichen soll es um Grundzüge der Ernährung und gesunde

Ernährung im Alter gehen. Dieses Thema wurde auch im Januar von der AG 3 im Treffpunkt "Vogelnest" diskutiert.

- b) "Bezahlbare Wohnungen". Die AG 2 und 3 werden das Thema in den nächsten Sitzungen aufgreifen.
- c) Jenny Bertram bietet einen Vortrag "Angebote des Magistrats"an. Der Termin kann nach April/Mai 2015 festgesetzt werden.
- d) Auch zum "Pflegestärkungsgesetz" soll eine Veranstaltung stattfinden.

Die AG's sammeln noch weitere Themen, z.B. "Zur Rente zuverdienen" oder "Mobilität im Alter".

Nachdem auf der Januar-Sitzung die Beiratsrunde Themen für die "Wahlprüfsteine" festgelegt hatte, wurde im Februar beschlossen, dass stattdessen zweimal im Jahr Gespräche mit den verantwortlichen Stadträten und Politikern der Fraktionen über aktuelle Seniorenangelegenheiten geführt werden, wobei Themen wie z.B. "Probleme mit den Seniorentreffpunkten", "bezahlbares Wohnen", "Ehrenamtskarte", "Gesundheit" und "Verhältnisse in Kliniken" eine Rolle spielen.

Für den 10. August 2015 ist eine sommerliche **Info-Fahrt** nach Bispingen mit Kutschenfahrt in der Lüneburger Heide und einem Besuch des Heide-Kastells Iserhatsche geplant.

Das Angebot "Computerkurse" mit Carsten Neuhoff ist geklärt. Die Computergruppen werden im Treffpunkt "Grünhöfe" weitergeführt. Ebenso wird es Kurse in der "Kogge" geben. Es besteht noch Diskussionsbedarf hinsichtlich des Personaleinsatzes.

(Quelle: Protokoll der Beiratssitzung v. 15.01.2015)

Impressum

Landesseniorenvertretung Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14 Bahnhofsplatz 29 28195 Bremen, Tel.: (0421) 3 61 67 69

E-Mail: <u>Seniorenvertretung@soziales.bremen.de</u> www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen

Redaktion: Gerd Feller (V.i.S.d.P)

E-Mail: gerd.h.feller@nord-com.net

Der DURCHBLICK

erscheint monatlich auch im Internet unter www.seniorenlotse.bremen.de/seniorenyertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 15. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.

Yeniden tanzim: KfW – ek ödenek "evlerin yaşlılara uygun tadilatı"

1 Ekim 2014 tarihinden itibaren kat malikleri ve kiracılar , evlerinde yaşa uygun yaşam için, engellerin kaldırılması ve tadilatlarda masrafları tasarruflarından ödeyemedikleri takdirde kredi almak zorunda değildir. Bunun yerine, KfW Kalkınma Bankası'na ek ödenek için başvuruda bulunabilirler.Bundesarbeitgemeinschaft der Senioren Organisationen (Yaşlı Kuruluşları Federal Birliği) (BAGSO) ve Verband Wohneigentum e.V. (Evmalikleri Derneği) ne göre, "Almanya'da demografik gelişme göz önüne alındığında tek doğru karar" .

2012 de,KfW yatırım sübvansiyonunun federal bütçeden lansmanından hemen bir vıl sonra iptal edilen sübvansivonun. özellikle tüketici lobisi ve yaşlılar , KfW yatırım sübvansiyonunun " yaşlılara uygun dönüşüm" de yeniden uygulanmasını talep etmektedirler. Bu gayrimenkul sektörünü bilenler tarafından anlaşılan bir durum değildir. Wohneigentum e.V derneği başkanı Hans Rauch göre "Bu ana hedef kitlesi yaşlılar için tamamen yanlış". BAGSO Başkanı ve eski Aile İşleri Bakanı Pr. Dr. Ursula Lehr 'göre, "Almanya'da en az 2,5 milyon yaşa uygun daire açığı göz önüne alındığında ek ödenek modelinin tekrar tatbiki kararı gerekli ve zorunludur " .Ek ödenekde amaç önlem, başvuru yaş ve varlıktan bağımsızdır. Ek ödenek ,bireysel maliyetlerin yüzde 8 i, birim başına azami 4.000 € .Bir paket olarak standart " Yaşlılara uygun ev ", maksimum ,yüzde 10 ve konut birim başına € 5,000 . Ödenek, sadece engellerin azaltılmasını teşvik değil, ama aynı zamanda hırsızlığa karşı koruma önlemi de vardır Diğer önemli gelismeler:Ödenek, diğer KfW programları ile esnek olabilir "Enerji de verimliliğe etkin tadilat " desteklenebilir.Ev sahibi böylece evini yeniden yapılanma ile verimli enerji, konforlu ve güvenli özellikli inşa edebilir. Başka bir yenilik ,tamamen erişilebilir daire satın almak için de ödeneğin kullanılabilir olmasıdır.

Daha fazla bilgi için:

BAGSO, Bonngasse 10, 53111 Bonn

Tel:. 02 28/24 99 93 18 Faks: 02 28/24 99 93 20 E-posta: lenz@bagso.de

www.bagso.de

www.deutscher-seniorentag.de (Kaynak: PM 16/2014 BAGSO, Bonn, 1/10/14)

(Neu aufgelegt: KfW-Zuschuss "Altersgerecht Umbauen", aus

"Durchblick" Nr.178, S.4)

POLIS'DEN UYARI!

Dikkatli ve uyanık olun. Fransa'dan sonra Almanya ve Avusturya'da da araç hırsızlığında yeni bir yöntem (bu bir şaka değil). Aracınızın arka penceresindeki not kağıtlarına dikkat edin.Otoparkta arabanıza biniyorsunuz.Siz motoru çalıştırıp ve ters vitesi kullanmava başlıyorsunuz.Sonra arka camın üzerinde bir kağıt parçası dikkatinizi çeker. Bu görünümü engelleyen kağıdı çıkarmak için arabayı durdurup inersiniz. Arabanın arkasını ulaştığınızda, aniden araba hırsızı açık alan kapıdan girer , aracı çalıştırıp uzaklaşır. Sizde durup arkasından bakarsınız.Ve biliyormusunuz ? Bahse girerim ki, para cüzdanınız arabadadır.

Ve böylece,arabanız hırsızdadır. Eviniz ,kimliğiniz,anahtarınız,paranız,adresiniz onun elindedir!

Hırsızlar çok iyi organize edilmiş ve birçok sürücüler bu şekilde soyguna uğramıştır. Eğer arabanın arkasında bir not fark ederseniz, arabayı çalıştırıp gidin. Camdaki notu veya kağıdı daha sonra kaldırın. Bu haberi etrafınızdakilere iletin. Para cüzdanında önemli evrak, hüviyet bulunmaktadır , bunların mutlaka yanlış kişilerin ellerine geçmesini istemezsiniz.

(**Kaynak:** Sarah TANNER, Bez. Insp. Landespolizeidirektion Steiermark)

(Warnung der Polizei, aus "Durchblick" Nr.178, S.5)

Gönül istiyor, cüzdanda para az !

BAGSO 'nun Bremen – Mart toplantısında "yaşlılıkta sağlık ve sağlıklı yaşamı teşvik "Durchblick" son baskısında konu olmuştu. Yaşlı insanların fiziksel ve zihinsel güçlerini korumak için özel ve sosyal eylem projelerinin içeriği ve tasarım olanakları hakkında bilgi verilmişti. Bu tür projelerin uygulanmasında ki mali sorun, sadece çevresel ve kısa olarak tartışılmıştı. Basında da örneğin (Weser-Kurier v. 29.10.14, s.2) belirtildiği gibi gittikçe daha fazla insanın yoksulluk riski altında olduğunu ve özellikle yaşlılıkta artan yoksullukta, fitnesse giden yaşlı sayısının , yaklaşık 20 milyon 60 yaş üzeri yaşlı yanında oldukça küçük bir grup oluşturmakta.

Kim, düşük emeklilik geliri ile tıbbi rapor olmadan örneğin üç ayda veya ayda yaklaşık 200 € hareketliliği için jimnastik ya da masaj için ödeyebilir , yada en azından yol giderleri karşılanmaz ise gönüllü çalışma teklifini kabul edebilirki ? BAGSO önerileri, fitness aktiviteleri için mali çerçeve arttırılmazsa , büyük ölçüde yaşlı nesil için ödenebilir olmayacak ve adaletsizlik bu nedenle bir risk olmaya devam edecektir. Para olanakları ile herkes beden ve zihnini koruyabilir, kim, para sıkıntısı çekiyor ve yaşlılıkta yoksulluk ile tehdide maruz kalıyorsa, o sadece evinin etrafında koşmak veya koşanları izlemek zorunda kalacaktır.Burada toplumumuz için önemli olan "insani duygular" kaybolmaktadır. Ve yaşam,

(Devami sayfa 10)

10 DURCHBLICK Nr. 182 – März 2015



(Sayfa devami 9)

sağlık, topluma katılımın tüm hakları nerede kalıyor ? Bremen'de " sosyal uyum için ittifak" kuruldu . "Durchblick" 173, s.1 / 2). Bununla voksulluğa karsı calısılacak. Belki de bu kurulus düşük gelirli yaşlıların fiziksel ve Bremen' de zihinsel güçlerini korumak ve sağlık bakımını sağlamak için bir yol bulur. Fiziksel ve zihinsel formda kalmak için az olanak ve yoksulluğa insanların imkanlardan rağmen, bu faydalanabilmeleri yararlı olmaz mı?

Gerd Feller

(Der Geist ist willig, die Geldbörse schwach! "Durchblick" Nr.179, S.3)

İlaç reçetelerinde (AUT-IDEM) uygulaması

Aralık tarihinde çalışma grubu"Gesundheit" sağlık,2014 yılında dördüncü kez toplandı. Toplantılar, geçen yıllarda sektöründe hareketli bir gidişat olduğunu gösterdi. Bu kez konu "reçetelerdeki çarpı işaretleri " oldu. Christiane Lutter (Aphotekhen Verband) ve Peter Kurt Josenhans ve Dr. Roland Windt (AOK) konuşmacı olarak davet edildi.

Reçeteli ilaçların bir sorunu ele alındı. İlaç

reçeteleri üzerinde küçük bir kare "aut idem " icinde Latince benzeri" Almanca "va da işaretlendiğinde doktor,eczacıya dışında benzeri ilac verebilmesi için izin verir. Bu



durumda "aut idem" uygulanır, eczacı benzer bir orijinal ürünlerin formu ve endikasyonlar, aynı etken bileşen gücü ve paket boyutu etkili terkip maddesi ile aynı olan başka bir



ilaç seçebilir. Bir(X)ile doktor " aut idem " üzerini çizerse, bu ilacın değiştirilmesine izin verilmeyeceği anlamındadır. Ne yazık ki bu genellikle yanlış anlaşılıyor. olarak Genel doktor

değişikliğinin hasta tedavisinde başarıyı etkileyebileceği ,ilaç güvenliği ve hasta için tehlikeli olabilecek durumlarda bundan kaçınmalıdır. Özellikle aşırı düzenleme veya düşük doz,epileptik nöbet riski mümkün olan durumlarda ve tiroid bezi hastalıklarında hatta laktoz intoleransı veya alerjisi olması halinde doktor tarafından "aut idem" ekarte işaretlenmelidir. Bu kararlarda doktorun ilk ve son söz sahibi olduğunu bilmek önemlidir.

Burada gaye, eczanede recete ilac listelenen ilaclar arasında mevcut olmadıgında .ilave vedek ilac ile ilacın temin güvenliğini sağlamak . Bugün reçetedeki ilacın aynı etkin madde fakat daha ucuzu ile değiştirilmesi sağlık sektöründe ucuz maliyet ve tasarrufu teşvik amaçlıdır. Nakit indirim ilaç üreticileri ile önemli bir rol anlaşmaları

oynamaktadır. Bu sözleşmelerle doktor önemli

ekonomik kısıtlamalara tabidir. Eczacılar "aut idem" ilaç seçmek düzenlenen indirimli bir zorundadır. Bu durumda, çok dikkatli olmaları gerekir. Sigorta ve ilaç temini indirim sözleşmeleri dikkatle gözden geçirilmelidir. Farklı ilaç aktif maddeleri esit olsa bile, söz konusu katkı maddeleri farklı olabilir. Değişim ilaçlar sadece biraz farklı olsa bile, gerekli doz açısından hasta için tek tek durumlarda çok önemlidir. Tehlikeli dozaj sorunları ve alerji riski zamanında önlenmelidir.. Ancak, özellikle yaşlı insanlar için bir sorun olduğunu yedek ilaçların adının ve sık sık değişiminin karışıklık ve ilaç hatalarına neden olabilir. Konu üzerine tartışmalarda ödeme de rol ovnar. Genellikle hasta ilac için bir ödeme yapar. Bu ödemenin sınırı her ilaç için fiatının yüzde onudur ve en az beş , en fazla on euro olduğu malumdur. İlaç bedeli beş euro altında ise hasta kendisi bu ödemeyi yapar. Sabit fiyat % 30 daha düşük bir fiyat ise hiçbir ek ücret ödemez İlacın fiyatı sabit fiyattan daha yüksek ise, hasta ekstra bir ücret yani fiyat farkını ek olarak öder. Bu bir (aut idem) olmayan ilaçlarda ek ödemeye neden durumda, doktorlar hastaları olabilir. Bu bilgilendirmek zorundadır. Yeni geliştirilmiş ilaclarda olumlu etkiler, daha yüksek fiyatın kabulü için ispat edilmelidir. Bir yıl içinde ilaç ödemelerinde maliyetin yıllık gelirin yüzde ikisini geri kalan zaman için ek asması halinde ödemelerden muaf olabilir.Kronik hastalarda katkı payı sınırı uygulanır. Ödemeler yüzde bir makbuz ile kanıtlanmış olmalıdır. Yıllık ödemelerin maksimum miktarını, hasta sigorta şirketine yılın başında ödeyerek daha sonra tüm yıl için serbest kabilir. Tedavinin yıl içinde kesilmesi durumunda herhangi bir geri ödeme yapılmaz.Sosyal yardım (Grundsicherung) alan hastalarda ek ödemeleri vapmak zorundadır. Oturumun sonunda yılında tekrar sigorta primlerinin değişimine değinildi . Sağlık kartının avantaj ve dezavantajları tartışıldı, sağlık kartı hukuki kaygılara rağmen acil ve yanlış ilaç kullanılmasının durumlarda önlenmesi yönünden değerli yardım sağlayabilir. (Das Kreuz mit dem Kreuz, "Durchblick" Nr. 180, S.4/5)

Elke Scharff/Gerd Feller

Tercüme: Dipl.jur. Feride Abdeljalil

Editör: Zeynep Sümer

(Mit Unterstützung der Senatskanzlei, Referat Integration)

Yaslılar temsilciliği politik partilere, dini mezheplere mensup olmayan ve Bremen senatosu tarafından onaylanmış politik bir temsilcilikdir.

